



Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Woche haben wir eines historischen Ereignisses gedacht. Am 18. März vor 25 Jahren fanden in der damaligen DDR die ersten freien Volkskammerwahlen statt. An diesem Urnengang nahmen 93,4 Prozent der Wahlberechtigten teil. Eine derart hohe Wahlbeteiligung hat es bei freien Wahlen in der

deutschen Geschichte weder vorher noch nachher gegeben. Schon allein Wahl in der deutschen Parlamentsgeschichte eine herausragende Rolle zu. Der Urnengang dokumentiert aber auch anschaulich, dass die Wähler in Scharen zur Urne strömen, wenn es um fundamentale Fragen des Staates geht. Nicht zuletzt war es eine überaus spannende Wahl, da die westdeutschen Demoskopien Neuland betraten. So hatte niemand einen derart hohen Sieg der Allianz für Deutschland aus CDU, Deutscher Sozialer Union (DSU) und Demokratischem Aufbruch (DA) vorhergesagt. Die 48 Prozent von CDU und Co. hatten alle überrascht.

diese Woche einen Nachtragshaushalt in Höhe von sieben Milliarden Euro beschlossen. Darin sind 100 Millionen Euro für den weiteren Ausbau der Kinderbetreuungsplätze vorgesehen. Damit soll die Zahl der Ganztagsplätze in den Kitas weiter gesteigert werden. Insbesondere Alleinerziehende sind auf diese Form der Betreuung angewiesen. Im Weiteren hat das Bundeskabinett fünf Milliarden Euro zusätzlich zur Stärkung der Investitionskraft der Kommunen bereitgestellt.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen

Das Bundeskabinett hat Ihr Martin Patzelt



Braucht Griechenland weitere Hilfe?

Ende letzten Monats habe ich der Verlängerung des zweiten Hilfspaketes für Griechenland zugestimmt. Derzeit wird intensiv über ein mögliches drittes Hilfspaket für das Land diskutiert. Dazu möchte ich folgendes festhalten: Als MdB fühle ich mich in letzter Konsequenz immer meinem Gewissen unterworfen und konnte bisher keinen Fraktionszwang erkennen.

Einem weiteren Hilfspaket für Griechenland werde ich zustimmen, wenn ich erkenne, dass Griechenland zuvor alle seine tatsächlichen Möglichkeiten zur Sanierung der Finanzen unternommen hat und diesen Weg weiter verfolgen will. Griechenland gehört zu uns, in die europäische Familie. Ich möchte das griechische Volk nicht einer unkalkulierbaren Hemi-

sphäre nur darauf warten der Diktaturen ausliefern. Wir Deutsche geben angesichts unserer Möglichkeiten viel zu wenig Geld für eine nachhaltige globale Entwicklung aus. Die Folgen haben wir dann auch auszuhalten und zu finanzieren (siehe Migrationsziel Deutschland).

Nr. 35/18. WP
20. März 2015

Für einen differenzierten Dialog mit Juden und Israelis



Die deutschen Beziehungen zu Israel und das jüdische Leben in Deutschland liegen mir sehr am Herzen. Gern nahm ich daher eine Einladung des Berliner Jungen Forums der deutsch-israelischen Gesellschaft an. Am 17.03.2015 diskutierte ich im Berliner Restaurant „Masel Topf“ mit Mitgliedern des Forums über die deutsch-israelischen Beziehungen und den wachsenden Antisemitismus in Deutschland. Für den Abend hatte ich Zahlen der neuesten Bertelsmann-Studie zu dem Verhältnis zwischen Deutschen und jüdischen Israelis mitgebracht:

55 Prozent der befragten Deutschen stimmen laut der Studie der Aussage zu, dass heute, 70 Jahre nach Kriegsende, nicht mehr so viel über die Judenverfolgung geredet und endlich ein Schlussstrich unter die

Vergangenheit gezogen werden sollte. Hingegen lehnen dies 85 Prozent der jüdischen Israelis ab. Allgemein haben 36 Prozent der Deutschen eine gute Meinung zu Israel. 48 Prozent haben eine schlechte Einstellung. Unter den 18-29-Jährigen ist es gar über die Hälfte. 35 Prozent der befragten Bundesbürger setzen die israelische Politik gegenüber den Palästinensern mit dem Nationalsozialismus gleich.

Die „nackten“ Zahlen sind alarmierend. Hinzu kommt ein Anstieg von antisemitischen Übergriffen in Deutschland in 2014. Im vergangenen Sommer waren auf Demonstrationen antisemitische Parolen zu hören. Diese Entwicklungen sind beunruhigend und verdeutlichen, dass Politik und die gesamte Gesellschaft mehr Anstrengungen unternehmen müssen, um den wachsenden Anti-

semitismus, der sich oftmals auch hinter einer undifferenzierten Kritik an Israel versteckt, entgegenzuwirken. Unsere bisherigen Anstrengungen reichten dazu nicht aus. Jüdische Mitbürger müssen sich in Deutschland sicher fühlen.

Die Diskussion mit dem Jungen Forum hat mir gezeigt, dass wir neue Initiativen brauchen, welche regelmäßigen Austausch und Begegnungen zwischen Deutschen und Israelis sowie zwischen Juden und Nicht-Juden ermöglichen. Durch einen differenzierten Dialog sollen Ängste und Vorurteile abgebaut werden. Politik muss sich trotz des gewachsenen Problemumfelds unserer Zeit verstärkt für solche Initiativen stark machen. Dafür werde ich mich einsetzen.

CDU Frankfurt lud zum Jahresempfang



Oberbürgermeister von Frankfurt (Oder) Dr. Martin Wilke, Jens-Marcel Ullrich, Beigeordneter, Carlo Weber, Präsident des Brandenburgischen Verfassungsschutzes (von links)

Rund 80 Gäste aus Politik und Gesellschaft waren am letzten Montag der Einladung der CDU Frankfurt (Oder) zu ihrem traditionellen Jahresempfang in den Logensaal der Europa-Universität Viadrina gefolgt. Gemeinsam mit dem Frankfurter CDU-Vorsitzenden Peter Wolff und

dem Fraktionsvorsitzenden der städtischen CDU-Fraktion Ulrich Junghanns konnte ich unseren Festredner, Carlo Weber, den Präsidenten des Brandenburgischen Verfassungsschutzes, begrüßen. In meiner Ansprache betonte ich, dass Politik immer auch Alternativen jenseits partei-

politischer Grenzen mitbedenken sollte. Dies gilt beispielsweise für die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes, wo mögliche Alternativen insbesondere für unsere strukturschwache Region nicht mitbedacht wurden.

Nach wie vor großes Interesse an Stasi-Akten

Ungebrochen groß ist das Interesse an den Stasi-Akten. 25 Jahre nach dem Mauerfall gingen im vergangenen Jahr 67.763 Anträge ein. Das sind 3.517 Anträge mehr als im Jahr 2013. Ganz offensichtlich ist die Aufarbeitung dieses düsteren Kapitels aus der Vergangenheit für viele Menschen eine wichtige Angelegenheit, an die sie sich erst mit großem zeitlichen Abstand heranwagen. Diesem Interesse müssen wir so lange Rechnung tragen, so lange es Menschen gibt, die Auskunft über

Bespitzelungen ihrer Person im SED-Staat erlangen wollen.

Insgesamt wurden im vergangenen Jahr 85.740 Anträge und Ersuchen bei der Stasi-Unterlagenbehörde eingereicht. Neben den Bürgeranträgen auf Akteneinsicht gingen 12.435 Ersuchen auf Überprüfungen im öffentlichen Dienst, von Mandatsträgern oder wegen Rentenangelegenheiten ein. Hinzu kommen 4.135 Ersuchen wegen Rehabilitierung, Wiedergutmachung und Strafverfolgung. 1.407 Anträge auf Akteneinsicht wurden von

Forschern und Medienvertretern gestellt.

Gegenüber 2011 und 2012 ist die Zahl der Anträge und Ersuchen jedoch gesunken. So waren 2011 insgesamt 106.575 Anträge und Ersuchen eingegangen, ein Jahr später 112.268. Seit ihrer Gründung im Jahr 1990 sind 6,91 Millionen Anträge und Ersuchen an die Stasi-Unterlagenbehörde gestellt worden. Davon stammen 3,05 Millionen von Bürgern.

Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
martin.patzelt.ma04@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata
Saarlouiser Str. 35
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/276 294 36
Fax 0335/276 294 37
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu abonnieren, senden Sie uns bitte eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Arme Reiche - reiche Arme

In dieser Sitzungswoche hat der Bundestag eine Aktuelle Stunde zur Kinderarmut debattiert. Und gerne hätte ich einen Kontrapunkt gesetzt. Denn vielfach wurde an den Ursachen von Kinderarmut diskutiert.

Kinderarmut begründet sich in erster Linie in fehlender Kompetenz, Motivation, Bildung von Eltern, die im Rahmen verfügbarer materieller

Mittel das Beste für ihre Kinder suchen.

Wenn fehlende Technik und Mittagessen für Kinder als Beweis ihrer Armut beschrieben wurde, wirft das unabweisbar die Frage auf, wofür denn Eltern die immer verfügbare Grundsicherung des Lebensunterhaltes verwenden.

Armut an Bildung, Armut an wachsender Alltagskompetenz, an Teilhabe, an individueller Förde-

rung und an Lebensfreude sind nicht durch ein höheres Familieneinkommen zu sichern sondern zunächst durch unterstützendes Verhalten von Eltern, Lehrern und Erziehern. Eine bessere materielle Ausstattung von Familien mit Mindesteinkommen ist wünschenswert aber keineswegs Garantie für den Abbau von Kinderarmut.



Zum Wochenbeginn besuchte mich eine wissbegierige Schülergruppe des Karl-Liebknecht-Gymnasiums Frankfurt (Oder) im Bundestag. Von einem politischen Desinteresse der Jugend war an diesem Vormittag nichts zu spüren. Die Fragen meiner jungen Besucher drehten sich um außenpolitische Themen, wie dem Russland-Ukraine-Konflikt, aber auch um den Politikeralltag im Bundestag.

Schließung des Wahlkreisbüros Beeskow

Mit Wirkung zum 1. April 2015 werde ich das Beeskower Wahlkreisbüro schließen. Im Verlauf von 15 Monaten zeigte sich, dass Bürger dieses Büro kaum besuchten sondern vielmehr auf telefonischem, schriftlichem und elektroni-

schem Wege ihre Anliegen und Fragen an mich richteten.

Insofern sollen die freiwerdenden Ressourcen in Projekte zur Unterstützung wichtiger aktueller Aufgaben verwendet werden. Persönliche Kontakte sind auf Wunsch auch weiterhin

bei Bedarf vor Ort und nach Vereinbarung möglich.

Entsprechende Anfragen können an die Büros in Berlin und Frankfurt (Oder) gerichtet werden.